

oder Lebensversicherungen und Bau-sparverträge umzuwandeln.

Zur Konzilianz ist Vetter nun auch gegenüber Regierung und Wirtschaft entschlossen. Wegen der gegenwärtig unsicheren wirtschaftlichen Lage will er seinen Parteifreund Willy Brandt nicht mehr, wie noch im Juni, zu einer sofortigen Verwirklichung der DGB-Forderung drängen. Vetter: „Jetzt bringt man nicht unbedingt eine politische Kampfsituation ins Gespräch. Die Wirtschaft bindet den Helm ohnehin schon fester.“

BUNDESPRÄSIDENT

Ruhe verordnet

Bundespräsident Gustav Heinemann sagte die umstrittene Reise zur 2500-Jahr-Feier des persischen Kaiserreiches ab, weil er sich einer Augenoperation unterziehen mußte.

Es wäre tragisch“, so hatte es der Bundespräsident Ende August vorausgesehen, „wenn ich nun tatsächlich krank würde und die Reise nach Persien absagen müßte. Das würde mir keiner glauben.“

Mitte September erkrankte Gustav Heinemann, 72, an einem Augenleiden, vorigen Freitag ließ er sich operieren und mußte Reisepläne aufgeben, die dem Bürgerpräsidenten peinlich waren, die er gleichwohl aus Staatsräson akzeptiert hatte.

Von Anfang an hatte die Einladung des Schahs Resa Pahlawi an das deutsche Staatsoberhaupt zur 2500-Jahr-Feier des persischen Kaiserreiches vom 14. bis 17. Oktober im antiken Persepolis die Bonner in Verlegenheit gebracht. Zuerst wollten sie den Bundestagspräsidenten von Hassel zur Jubelfeier des Diktators entsenden, doch die prestigebewußten Perser bestanden auf erstklassiger Besetzung.

Als Heinemann schließlich selber zusagte, wurde er mit Protesten der deutschen Linken eingedeckt.

Heinemann blieb staatsmännisch: „Ich werde reisen.“ Doch zum Zorn des Präsidenten hielten sich in Bonn Gerüchte, er werde zur rechten Zeit diplomatisch erkranken.

In einem stillen Urlaub im Chalet von Freunden am Genfer See stellten sich dann bei dem kurzsichtigen Heinemann, der seit Jahren Reporterblitzlicht und Jupiterlampen fürchtet, Sehstörungen auf dem linken Auge ein.

Die Lausanner Augenspezialisten Streiff und Dufour diagnostizierten einen Netzhautriß und empfahlen, einer Ablösung der Netzhaut und damit der Gefahr einer linksseitigen Erblindung vorzubeugen.

Am Freitagmorgen um acht Uhr flichte der Augenspezialist Professor Meyer-Schwickerath im Essener Klinikum mittels „Photo-Koagulation“ die



Augenkranker Heinemann
„Das würde mir keiner glauben“

Netzhaut des Patienten Heinemann. Bei dem von Meyer-Schwickerath entwickelten Spezialverfahren wird die Netzhaut mit einem gebündelten Lichtstrahl zusammengeschweißt. Der Professor verordnete 14 Tage Bettruhe, danach Rekonvaleszenz in der Essener Wohnung des Präsidenten.

Heinemann-Freund Willy Brandt gab Order, für sich Reisevorbereitungen zu treffen, wenn Heinemann-Ersatz von Hassel den Persern abermals nicht genehm sein sollte.

FDP

Barsch im Ton

Zwischen den Referenten in der Bonner FDP-Zentrale und dem neuen Bundesgeschäftsführer ist es zum Krach gekommen.

FDP-Bundesgeschäftsführer Joachim Stancke, seit drei Monaten offiziell im Amt, hat sich ein Ziel gesetzt: Bis zur Neuwahl des Bonner Parlaments 1973 will er die Parteizentrale der Freien Demokraten nicht nur „funktionsfähiger“, sondern auch zu einem „gestrafften Instrument“ machen.

Seine Mitarbeiter sollen deshalb ihre Arbeit künftig anders tun — „ohne Diskussionen“. Der Liberale Stancke: „Sie sind nicht dazu da, ihre eigenen politischen Ansichten zu äußern. Sie sollen Präsidiumsbeschlüsse weiterleiten.“

Stanckes forscher Auftritt sorgte als bald für Konfliktstoff. Brieflich rügten Untergebene die neue Führungskraft: „Wir möchten Ihnen ganz freimütig sagen, daß Ihr Umgangsstil... unserem Engagement nicht entspricht.“ Und mehrere Mitglieder des FDP-Bundesvorstandes, aufgescheucht durch Krisengerüchte aus der Zentrale, zitierten die streitenden Parteien vor ihr Gremi-

um. Ergebnis der Vorstands-Recherche: „Schlechtes Betriebsklima“ (FDP-Vorstandsmitglied Wolfgang Lüder).

Schon als Stancke kommissarisch die Geschäfte führte (für seinen im Januar erkrankten Vorgänger J. F. Volrad Deneke), hatte sich das Klima eingetrübt. Durch schriftlich fixierte, im Ton barsch gehaltene „strikte Regelungen“ schränkte der Freidemokrat bis dahin gewährte Freiheiten ein.

So durfte beispielsweise die FDP-Pressestelle in den ersten Wochen nur veröffentlichen, was vorher vom Bundesgeschäftsführer oder seinem Vertreter abgezeichnet worden war. Stancke: „Für den Fall, daß ein solcher Genehmigungsvermerk nicht rechtzeitig zum vorgesehenen Redaktionstermin eingeholt werden kann, hat die Veröffentlichung zu unterbleiben.“ Drei gebremste Freidemokraten fragten schließlich bei dem wegen Ämterhäufung oft abwesenden Stancke an: „Soll bis zum Parteitag jegliche Pressearbeit der Pressestelle der F.D.P. unterbleiben?“

Auch politisch fand der Berliner Anwalt vor allem mit den linksengagierten Jungakademikern in der Zentrale nicht immer die rechte Basis für gemeinsame Aktionen. Als ihm Mitarbeiter Norbert Reitz, 28, ein Flugblatt (Thema: Abtreibungsparagraf 218) vorlegte, kam es zu erregtem Disput. Laut Reitz stieß sich Stancke an der Flugblatt-Formulierung, daß in der Politik Männer „auch über Dinge, die sie nicht verstehen“, entscheiden.

Dies sei — so Stancke laut Reitz — eine Brückierung der männlichen Wähler; durch die benutzte Formel „Aktion 218“ solidarisiere sich die FDP überdies mit den „sozialistischen Frauenaktionen“, und der kritische Hinweis im Flugblatt auf die Antiquiertheit des Paragraphen 218 wende sich gegen das Traditionsbewußtsein der Wähler.

Gelegentlich redigierte der Jurist („Ich habe gelernt, Schriftsätze zu for-



FDP-Geschäftsführer Stancke
„Gestraftes Instrument“